

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.
Für ein Jahr 8,00 RM., vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pf. Volkbezug: Monatlich
1,50 RM., unter Abzug für
Deutschland und Österreich 1,00 RM.,
für das übrige Ausland
4,00 RM., monatlich 1,50 RM.,
bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
Postbefreiungen nehmen an Dänemark,
Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz. Einleger in die
1. u. 2. Klasse. Reichweite
Gleichzeitigkeit.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 24. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Anzeigenpreis
Zählt 1 die stündlich erscheinende Anzeigens-
zeile 10 Pf. „Kleine Anzeigen“,
das ist gedruckt Wort 20 Pf. (un-
ter 100 Wörtern 10 Pf. gedruckt
Wort 10 Pf. Die Anzeigen
und Geschäftsverträge haben
10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Feuerungsgebühren 20 Pf.,
Familien-Anzeigen 50 Pf.,
politische u. gewerkschaftliche Beitrags-
anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
bis 10 Uhr abends.

Eröffnung der Friedensverhandlungen.

Wien, 22. Dezember. Staatssekretär von Bülow ist mit seiner Begleitung gestern abend hier eingetroffen; gleichzeitig traf die bulgarische Delegation ein. Der Staatssekretär hatte Gelegenheit, noch am Abend mit den Vertretern des Vierbundes und den russischen Delegierten zusammenzutreffen.

Heute um 4 Uhr nachmittags sind in Wien die Friedensverhandlungen in feierlicher Sitzung eröffnet worden. Es hatten sich hierzu folgende Vertreter eingefunden:

Von deutscher Seite Staatssekretär von Bülow, Gesandter von Rosenfeld, Legationssekretär von Hösch, General Hoffmann, Major Brindmann;

Von österreichisch-ungarischer Seite Minister des Krieges Graf Czernin, Botschafter von Meres, Gesandter von Wiesner, Legationsrat Graf Colloredo, Legationssekretär Graf Csaky, Feldmarschallleutnant von Thierich, Oberstleutnant Polorn, Major von Klaise;

Von bulgarischer Seite Justizminister Popow, Gesandter Koffow, Gesandter Stojanowitsch, Oberst Gantschew, Legationsrat Dr. Anastassoff;

Von türkischer Seite Minister des Krieges Achmed Resimi Bey, Botschafter Ibrahim Hakkı Pascha, Unterstaatssekretär Reshad Hüsnü Bey, General der Kavallerie Zeki Pascha;

Von russischer Seite A. A. Joffe, L. B. Kamenev, Frau M. A. Wigena, R. R. Pokrowski, L. R. Korotkoff, R. R. Dubinski, M. P. Weismann, Pankowitsch, Admiral N. N. Ushakov, General Samoilow, Oberst Kollé, Oberst Zepil, Hauptmann Bispoff.

Prinz Leopold von Sachsen begrüßte die in seinem Hauptquartier erschienenen Vertreter der Mächte des Vierbundes und Russlands mit einer Ansprache, in welcher er unter Hinweis auf den günstigen und erfolgreichen Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen der zureichenden Hoffnung Ausdruck gab, daß auch die nun begonnenen Verhandlungen möglichst bald zu einem die Völker beglückenden Frieden führen möchten. Hierauf lud er den ersten türkischen Vertreter, Ibrahim Hakkı Pascha, ein, als Alterspräsident den Vorsitz zu übernehmen. Hakkı Pascha eröffnete die Verhandlungen mit den besten Wünschen für deren gedeihlichen Verlauf. Er schlug vor, daß Staatssekretär von Bülow als erster den Vorsitz bei den Verhandlungen übernehme, welchem Antrage einstimmig zugestimmt wurde.

Staatssekretär von Bülow hielt folgende Ansprache:

„Es ist für das Land, das ich zu vertreten habe, und für mich eine große Ehre, gemäß dem Beschluß der Versammlung bei der heutigen ersten Beratung den Vorsitz zu führen zu dürfen, bei der Vertreter der verbündeten Mächte mit den Delegierten des russischen Reiches zusammentreffen, um dem Kriege ein Ende zu machen und den Zustand von Frieden und Freundschaft zwischen Rußland und den hier vertretenen Mächten wiederherzustellen.“

Nach der Lage der Verhältnisse kann nicht die Rede davon sein, ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeitetes Friedensinstrument bei den jetzt begonnenen Beratungen herzustellen. Was mir vorliegt, ist die Festsetzung der wichtigsten Grundsätze und Bedingungen,

unter denen ein friedlicher und freundschaftlicher Verkehr, insbesondere auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete, möglichst leicht in Gang gebracht werden kann, und die Beratung der besten Mittel, durch welche die durch den Krieg geschlossenen Wunden wieder zu heilen wären. Unsere Verhandlungen werden erfüllt sein von dem Geiste verhältnismäßiger Menschlichkeit und gegenseitiger Achtung. Sie müssen Rechnung tragen einerseits dem historischen Gegebenen und Gewordenen, um nicht den letzten Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, andererseits aber auch getragen sein von jenen neuen und großen Gedanken, auf deren Boden die hier Versammelten zusammentreffen. Ich darf es als glückwünschenden Umstand ansehen, daß unsere Verhandlungen im Zeichen jenes Festes beginnen, welches schon seit langen Jahrhunderten der Menschheit die Verheißung:

„Friede auf Erden denen, die guten Willens sind,“

gegeben hat, und ich darf in die Verhandlungen mit dem aufrichtigen Wunsch eintreten, daß unsere Arbeiten einen raschen und gezielten Fortschritt nehmen möchten.“

Auf Grund von Vorschlägen des Vorsitzenden wurden hierauf folgende Beschlüsse gefaßt: Rangordnungsfragen werden nach der alphabetischen Liste der vertretenen Mächte gelöst werden. Im Präsidium der Vollversammlung alternieren die Ersten Bevollmächtigten der fünf

Mächte. Als Verhandlungssprachen sind zugelassen: die deutsche, die bulgarische, die russische, die türkische und die französische Sprache. Fragen, die nur einzelne der beteiligten Mächte interessieren, können den Gegenstand von Sonderverhandlungen zwischen diesen bilden. Die offiziellen Sitzungsberichte werden gemeinsam festgestellt werden.

Auf Einladung des Vorsitzenden entwickelte hierauf der Erste russische Vertreter in längerer Rede die

Grundlagen des russischen Friedensprogramms, die sich im wesentlichen mit den bekannten Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrats und der Allrussischen Bauernversammlung decken. Die Vertreter der vier verbündeten Mächte erklärten ihre Bereitwilligkeit, in eine Prüfung der russischen Ausführungen einzutreten; das Ergebnis dieser Prüfung wird den Gegenstand der nächsten Sitzung bilden.

Wien, 23. Dezember. Das Ukrainische Freibureau meldet aus Kiew vom 20. Dezember: Binnitschenko, der Präsident der ukrainischen Regierung, erklärt vor der kleinen Rada, er habe die Alliierten vom Beginn der Friedensverhandlungen in Kenntnis gesetzt. Frankreich und England hätten bereits beschlossen, Gesandte nach der Ukraine zu senden, um ihre Interessen vertreten zu lassen.

Amerikanische Offiziere als Helfershelfer Kaledins verhaftet.

Petersburg, 22. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zahlreiche Angehörige der Vereinigten Staaten sind in die Verschwörung Kaledins verwickelt. Unter der Deckung eines roten Kreuz-Zuges mit Bestimmung nach der Südküste versuchten die amerikanischen Offiziere Nisa Anderson und Perkins sowie ihre Mitgeschwörer, die russischen Offiziere Kopolchnikow und Terblunski, etwa 20 Automobile und zahlreiche andere Gegenstände nach dem Don zur Verfügung Kaledins zu schaffen. Der Oberst Kopolchnikow und seine Helfershelfer sind verhaftet worden. Es wurden Papiere von besonderer Wichtigkeit beschlagnahmt.

Es wurde ein Telegramm des Chefs der amerikanischen roten Kreuz-Kommission für Rumänien, Oberst Anderson, aufgefunden, worin der Auftrag gegeben wird, dem Oberst Kopolchnikow von seiten des amerikanischen Botschafters 100000 Rubel auszuzahlen für die Expedition eines Zuges nach Koflow.

Ferner wurde ein Brief des Obersten Kopolchnikow aufgefunden, worin er Anderson meldet, daß 35 Eisenbahnwagen bereit und vollständig beladen für die Reise seien, jedoch augenblicklich durch den Obersten Kabinso an der Abfahrt verhindert seien.

Die „Kreuz-Zeitung“ über das „Vorwärts“-Verbot.

Die „Kreuzzeitung“ glaubt in eine Polemik gegen den „Vorwärts“, in der sie die bekannten agrarischen Gesichtspunkte zur Ernährungspolitik darlegt, auch das jüngst gegen den „Vorwärts“ erlassene Verbot mit hineinziehen zu dürfen. Sie schreibt:

Besonders in der sozialdemokratischen Presse nimmt je länger je mehr die Verheerung auf diesem wie auf anderen Gebieten immer maßlosere Formen an. Hat doch der „Vorwärts“ in den letzten Tagen wegen einer geradezu unerhörten Entstellung der Lage der Kriegsbefehlshaber verboten werden müssen.

Ein solcher Versuch, eine behördliche Mafregelung als politisches Argument auszunutzen, verstößt gegen alle Regeln journalistischer Ehrenhaftigkeit und wird bei allen anständig gebildeten das Gegenstück der beabsichtigten Wirkung erzielen. Wenn der aristokratische Verfasser dieser Denunziation die Motive, aus denen jene Notiz entstand, nicht begreift, so handelt es sich zwischen ihm und ihrem Verfasser offenbar um eine Gefühlsdifferenz. Er hat kein Verständnis für das Gefühl leidenschaftlicher Kameradschaftlichkeit, durch das man mit den Kriegsbefehlshabern verbunden sein kann, und das am ehesten dann ist, wenn es aus einer Gemeinsamkeit des Ergebnisses entspringt. Diese Gemeinsamkeit fehlt ihm offenbar, und nur daraus erklärt sich sein unangenehmer Ausfall.

Die Krise der Ernährungspolitik.

Neufölln gegen Walbow.

Die Ausführungen des Herrn v. Walbow im Ernährungsbeirat haben, wie nicht anders zu erwarten war, eine neue Flut von Erörterungen hervorgerufen. Zunächst wendet sich der Magistrat von Neufölln gegen den Leiter des Kriegs-ernährungsamts mit folgender Erklärung:

Es ist durchaus unzutreffend, wenn Herr v. Walbow behauptet, daß die Denkschrift der städtischen Verwaltung eine Folge des gegen den Magistrat eingeleiteten Strafverfahrens wegen widerrechtlichen Erwerbs von Saatgetreide ist.

Beide Vorgänge stehen in keinerlei Zusammenhang. Die Denkschrift ist lediglich auf Anregungen aus der Stadtverordnetenversammlung entstanden. Die Schrift besagt im wesentlichen nur, was in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlins schon oft gesagt worden ist, mit tatsächlichen Angaben. Wenn Neufölln sich in der Denkschrift selbst beschuldigt, Höchstpreise überschritten zu haben, so ist dies geschehen, weil die Stadt nicht das Recht zu haben glaubt, andere Gemeinden anzugehen. Aus den amtlichen Darlegungen geht ja hervor, daß dem Kriegs-ernährungsamt die außerordentlichen Überschreitungen der Höchstpreise durch die Miltungsindustrie längst bekannt waren. Bisher ist es aber dem Amt nicht eingefallen, mit Hilfe des Staatsanwalts dagegen einzuschreiten, daß die Stadtindustrie sich des Schleichhandels in ausgiebiger Weise bediene. Neufölln hat nur in der Notwehr gehandelt. Die Stadtverwaltung war sich der ungeheuren Verantwortung ihrer Einwohnerchaft gegenüber bewußt, die zu 80 Proz. aus Neufölln besteht, denn es ist nicht möglich, sich einzubeden oder Lebensmittel im Schleichhandel zu erwerben.

Der Gegenangriff des Herrn v. Walbow muß demnach als gescheitert betrachtet werden. Wir haben schon gestern erklärt, daß die Denkschrift einer Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion entspringt, die natürlich mit der Saatgutgeschichte gar nichts zu tun hat. Dasselbe wird jedenfalls auch auf den Verfasser der Denkschrift, Stadtrat Merz, zutreffen, der übrigens, wie schon festgestellt, ein konservativer ist. Dem „Vorwärts“ war zu dem Zeitpunkt, in dem er die Denkschrift der Öffentlichkeit übergab, von dem Verfasser gegen einzelne Neuföllner Magistratsbeamte überhaupt nichts bekannt. Das Organ des Bundes der Landwirte sucht sich allerdings jetzt hinter den Vorwand zu retten, es handle sich um ein „schwebendes Verfahren“, also dürfe über Thema nicht geredet werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt nämlich zu Walbows Erklärung:

Darauf handelt es sich nicht um eine politische Denkschrift, sondern um ein gerichtliches Aktenstück, dessen Veröffentlichung nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung bis zur Hauptverhandlung geheim zu halten war. Dem „Vorwärts“ war es vorbehalten, in ein schwebendes gerichtliches Verfahren durch Veröffentlichung eines Aktenstückes einzugreifen. Damit erübrigt sich jede Fortsetzung der Erörterung dieser Denkschrift.

Der „Deutschen Tageszeitung“ kommt es natürlich nicht nur darauf an, dem „Vorwärts“ ein auszuweichen, wozu ihr jede Überneugier gut genug scheint, sondern vor allem darauf, der ganzen Debatte den Hals umzudrehen. Aber sie hat damit kein Glück. Infolge eines bedauerlichen Regierfehlers wird die sich „erübrigende“ Fortsetzung der Erörterung gerade von der konteraktiven Presse aufs ausgiebigste geliefert. Doch aber auch hier wieder ein innerer Bruch vorhanden ist, geht u. a. aus einem Artikel von Dr. Schiele in der „Deutschen Zeitung“ hervor, in dem die „Tägliche Rundschau“ und der „Reichsbote“ als „Gesinnungsgenossen des „Vorwärts“ bekämpft werden. Interessant ist an diesem Artikel außerdem das Zugeständnis:

Landwirte, die Hunderte von Waggons verschieben können, gibt es nicht. Dazu gehört weitestens Unerschlichkeit der Beamten des öffentlichen Systems. Aber wir alle sind unerschlich geworden.

Der Versuch der „Deutschen Tageszeitung“, den ganzen agrarisch-händlerischen Skandal zur Affäre einiger Neuföllner Magistratsbeamten zusammenzufassen zu lassen, erledigt sich damit von selbst.

Ganz anderer Meinung hinsichtlich der „Deutschen Zeitung“ sind die gleichfalls schwerindustriellen „Berl. Neuest. Nachr.“, die schreiben:

Wir nahmen Abstand davon, uns an dem Meinungsstreit in der Presse zu beteiligen, da uns von vornherein klar war, daß eine Aufhebung des bestehenden Systems im Augenblick zu einer Wirtschaftskatastrophe führen müßte, und es sich jetzt nur darum handelt

Lein, die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften unter allen Umständen zu erzwingen.

Das konservative Hauptorgan, die „Kreuzzeitung“, beschließt sich in zwei Spalten ihres großen Formats mit der reichhaltigen Denkschrift und den aus ihr zu ziehenden Schlussfolgerungen. Sie gibt den Versuch auf, das Agrarierturn als ein Lämmchen weiß wie Schnee hinzustellen und gesteht jetzt zu, daß auf allen Seiten schwer gesündigt wird. Im übrigen bleibt sie dabei, daß an allem Grund nur der „sozialistische Doktrinarismus“ schuld sei, der den Agrariern und Händlern die vollkommen freie Ausnutzung der Marktlage nicht gestatte. In diesem Sinne schreibt sie:

Die Frage, was denn nun geschehen soll, ist natürlich leichter gestellt als beantwortet. Die zweite Hälfte des Erntejahres ist naturgemäß viel kritischer als die erste und deshalb wird man inmitten des Erntejahres nur sehr vorsichtig an durchgreifende Veränderungen des Systems und an neue Versuche herangehen können. Darüber, daß die Zwangswirtschaft so schnell und so vollständig wie irgend möglich gelassen werden muß, sobald die Verhältnisse es gestatten, dürfte außer in den Kreisen ganz doktrinärer Sozialisten kaum ein ernsthafter Zweifel bestehen. Im übrigen aber sollte man auch, während die Not des Krieges noch anhält, für die getroffenen Einrichtungen eine Gestaltung suchen, die der freien Mitwirkung und dem guten Willen der Beteiligten soweit als möglich Spielraum läßt.

Gerade aber die Hinneigung leitender Stellen zu der von der „Kreuzzeitung“ vertretenen Auffassung hat zu den gegenwärtigen unhaltbaren Zuständen geführt. Die Einsicht der „Berl. Neuest. Nachr.“, daß eine Aufhebung des bestehenden Systems zu einer Katastrophe führen muß, war gegenwärtigen unhaltbaren Zuständen geführt! Die Einsicht in solche nicht in genügendem Maße vorhanden, und das Bestreben, den Auffassungen der „Kreuzzeitung“ entgegenzukommen, hat zu einem Ueberhandnehmen des Schleißwüders geführt, das, wie Herr v. Boldow jetzt selbst zugibt, die allgemeine Versorgung mit Lebensmitteln zu gefährden droht.

Theoretisch liegen also die Lehren der Neuföhrer Enthüllungen klar zutage. Der Versuch, sie zu einem Aufsturm gegen die allein möglichen Grundröße der Kriegsernährungspolitik zu bennugen, ist vollkommen fehlgeschlagen. Die agrarische Presse zeigt ein Bild vollkommener Verströmung und Ratlosigkeit. Käme es nur darauf an, in einem Streit um Grundröße recht zu behalten, so könnten wir unter die ganze Angelegenheit hochbefriedigt den Schlussstrich ziehen.

Es handelt sich aber jetzt um die praktischen Folgerungen, die aus einer kaum mehr anzuehrenden theoretischen Erkenntnis zu ziehen sind und die mit rücksichtsloser Energie gezogen werden müssen, wenn eine Katastrophe verhindert werden soll.

Sitzung des Ernährungsbeirats.

Mehr Kartoffeln für Schwerarbeiter und Massenpeisung.

Der Ernährungsbeirat des Reichstags beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 22. Dezember 1917 mit Fragen der Brotgetreide-, Fleisch- und Kartoffelversorgung. Hierzu lag eine Entschließung der sozialdemokratischen Mitglieder des Ernährungsbeirats vor, welche unter anderem verlangte, die vorhandenen Ernteprodukte durch besondere Ueberwachungsmaßnahmen vor der Gefahr unbefugten Eingreifens zu sichern. Zur Erreichung dieses Zweckes wurde die Einziehung von besonderen Kommissionen bei den Kriegswirtschaftsstellen vorgeschlagen, deren Mitglieder teilweise aus Verbraucherkreisen (Gewerkschaften, Angestelltenverbänden) entnommen werden sollen.

Diese sollen die Aufgabe haben:

- 1. die Ablieferung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Bezirk der Kriegswirtschaftsstellen zu überwachen und für Abgabe des Ueberschusses Sorge zu tragen;
2. mit Hilfe militärischer Dresse- und Abfuhrkommandos den

schleunigen Ausdruck und die Abfuhr des Getreides in die Wege zu leiten;

- 3. zu ermitteln, ob innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige die Viehhaltung in richtigem Verhältnis zu den vorhandenen Futtermitteln steht, wobei das unbedingt erforderliche Span- und Rindvieh erhalten bleiben soll;
4. den Saatgutverkehr streng zu überwachen.

Zußerdem enthält die Entschließung den Vorschlag, die Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften in der Weise einer besonderen Ueberwachung zu unterwerfen, daß Vertreter der Verbraucherkreise in den Ausschüssen der Kriegsgesellschaften berufen und die Geschäftsberichte der Kriegsgesellschaften halbjährlich dem Hauptauschuss und dem Ernährungsbeirat des Reichstags vorgelegt würden.

Diese Entschließung wurde von der Mehrheit des Beirats dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes zur Berücksichtigung und, soweit sie die Vorschläge über die Bildung der Kommissionen betrifft, zur Erwägung überwiesen.

Einstimmige Annahme erzielte ein Antrag, wonach aus den zur Verfügung der Reichsmarktoffelstelle stehenden Reservemengen baldmöglichst eine Erhöhung der Kartoffelration bei den Schwer- und Schwerstarbeitern, sowie eine Belieferung der Massenpeisungen herbeigeführt werden soll. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes sagte zu, der Erfüllung dieses Wunsches näherzutreten, sobald die Witterung und Transportlage es gestatten werden, die dafür erforderlichen erhöhten Kartoffelmengen den Bedarfsbezirken zuzuführen.

Caillaux' Immunität aufgehoben

Paris, 22. Dezember. In der Vormittagsitzung der Kammer beklagte sich Caillaux weiter über die lässliche Haltung des Vorkrieges in Rom, Varrère, ihm gegenüber und sagte, der Bedruck der Presse in Italien habe begonnen wegen Varrères Beziehungen und infolge der veröffentlichten Äußerungen der diplomatischen Vertreter Frankreichs. Er beklagte sich nicht, wie der Abgeordnete Leboucq, durch den französischen Vorkrieges von der in Italien verursachten Erregung verständigt worden zu sein, und fragte, warum denn die italienische Regierung keine Maßregeln gegen ihn getroffen hätte, als die französische Regierung erklärt habe, daß sie ihn als einfachen Bürger ansehe. Er schloß: Vielleicht gibt es geheime Aktenstücke, aber die Dokumente jenes Berichtes sind acht Monate alt, und schon vor acht Monaten hätte man mich auffordern sollen, mich zu rechtfertigen.

Darauf kam Caillaux zur Rechtfertigung seiner Politik vor dem Kriege. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß er ein Bündnis Frankreichs zerstören oder das Zusammengehen mit England habe brechen wollen, und sagte: Alle Anlagen beruhen auf falschen Dokumenten. Wenn ich verfolgt werde, so geschieht es nur, um der öffentlichen Meinung genug zu tun. Zum Schluß verlangte er selbst Aufhebung seiner Unverletzlichkeit als Abgeordneter, um alle Veränderungen vor den Richter bringen zu können.

Die Nachmittagsitzung der Kammer war lebhafter als die Vormittagsitzung. Die ganze sozialistische Gruppe außer zwei Abgeordneten und einige Sozialistisch-Radikale waren abwesend. Die anderen Fraktionen haben sich den Feststellungen des Ausschusses angeschlossen.

Die Meinung der Kammer bei ihrer Zustimmung zu dem Antrag der Regierung wurde nach der Sitzung von vielen Abgeordneten sprachweise dahin ausgedrückt: Unsere Rolle war und streng vorgeschrieben. Wir hatten eine Schuld an Caillaux und Doustalot nicht feststellen können; was sollten wir unternehmen? Ihre Unschuld? Die Regierung forderte unter Berufung auf ihre Verantwortlichkeit Gelegenheit, Klarheit darüber zu schaffen, und wir konnten sie ihr nicht verweigern; so hat jetzt die Rechtspflege das Wort. Möge sie unbeeinträchtigt durch Leidenschaft von außen zum Worte aller handeln.

Während der Kammeritzung ersuchte Brade die Kammer, Caillaux' Unverletzlichkeit nicht aufzuheben, denn

das hieße einen Beschluß gegen die Republik unterzeichnen: ein Grund zur Anklage wegen eines Verbrochens gegen Caillaux liegt nicht vor. Redner warf dem Ministerpräsidenten Clemenceau vor, im Hoerenauschuß kürzlich eine Rede gehalten zu haben, die ein Abgeordneter als „Kamacherie“ bezeichnet habe. Clemenceau antwortete, schilderte die Vorgänge im Ausschuss und erklärte, er habe den sicheren Sieg vorausgesagt. Brade verlangte die Vernehmung des Vorkrieges in Rom, Varrère, und schloß, man müsse den Bürgerkrieg verhüten, indem man derartigen Streitigkeiten zwischen Franzosen Halt gebiete. Nach kurzen Äußerungen Renaudels, der Clemenceau vorwarf, nicht genügend genaue Angaben gemacht zu haben, wurde die Aussprache geschlossen.

Die Kammer beschloß sodann mit 417 gegen 2 Stimmen die Aufhebung der Unverletzlichkeit Caillaux' als Abgeordneter und faßte sodann denselben Beschluß bezüglich Doustalots durch Handaufheben.

Aus Bern wird zu der Sitzung der französischen Kammer dem Hofbureau berichtet:

Die geistige Rede Caillaux, in der er sich eingehend während 1 1/2 Stunden gegen die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen verteidigte, hat, wie selbst der Caillaux unfreundlich gestimmte parlamentarische Berichterstatter des „Temps“ feststellen muß, auf die Kammer einen tiefen Eindruck gemacht. Besonders peinlich war nach den prägnanten Äußerungen Caillaux die Antwort Clemenceaus, der sagte:

„Ich bin Chef der militärischen Justiz und in dieser Eigenschaft die einzige Person, die nicht das Recht hat, Caillaux zu antworten.“

Auf einigen Banken der Rechten sowie des Zentrums wurde hier geflucht, auf den übrigen Banken, namentlich links, laute erregte Protestrufe erhoben.

Die Nachmittagsitzung verlief noch bedeutend erregter. Clemenceau ergriff wiederholt das Wort. Er wurde von den Sozialisten und Linksradikalen außerordentlich scharf angegriffen. Renaudel erklärte:

„Wir Sozialisten stimmen für Aufhebung der Unverletzlichkeit Caillaux, weil dies das einzige Mittel ist, Ihre Verantwortlichkeit, Herr Clemenceau, schneller festzustellen.“

Bei diesen Worten erhob sich links stürmischer, minutenlanges Geisall.

Paris, 23. Dezember. Die Kammer nahm mit 519 gegen 4 Stimmen die gesamten provisorischen Zwölftel für das erste Vierteljahr 1918 an, die die neuen Steuern enthalten.

Vertrauensvotum für die italienische Regierung.

Orlando über die Diavelinie.

Bern, 23. Dezember. Mailänder Blättern zufolge gab die italienische Kammer gestern nach eifrigster, sehr stürmischer Diskussion der Regierung mit 345 gegen 50 Stimmen ein Vertrauensvotum und vertagte sich dann bis 6. Februar 1918. Fast sämtliche Minister hoben im Laufe der beiden gestrigen Sitzungen das Wort ergriffen. Nach „Corriere della Sera“ hat die Fraktion für nationale Verteidigung beschlossen, ihrer Organisation einen dauernden Charakter zu geben.

Nach weiteren Berichten soll Orlando einen gewaltigen rednerischen Erfolg erzielt haben. Ermüdetend wirkte jedoch seine Feststellung, daß die Diavelinie unhaltbar geworden sei.

Die ungarische Wahlreform.

Einführung des Frauenwahlrechtes!

Die Wahlreform, die vor einem halben Jahre auf Initiative der Arone zum Sturze des Kabinetts Tisza geführt hat, ist jetzt dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden. Es ist nicht ohne Interesse, die Kriterien für das aktive Wahlrecht, für das Recht zu

stellen sich auf den Standpunkt, daß eine einheitliche Regelung der Angelegenheit erfolgen müsse und daß die Berliner Liste einer solchen zugrunde zu legen sei.

Diese Revision nach rückwärts hat Enttäuschung und Verstimmung hervorgerufen. Mit Recht, denn es ist in der Tat aufrichtig zu beklagen, daß nicht wenigstens während des Krieges zur Ausrottung der Schundliteratur alles geschieht, was geschehen könnte. Auch nur für einige Zeit die Jugend vor den giftigen Dünsten, die aus diesem Sumpfe aufsteigen, zu bewahren, hätte viel bedeutet, zumal in einer Zeit, in der sie für Sensationen empfänglicher als sonst und vielfach ohne genügende elterliche Aufsicht ohnehin verderblichen Einflüssen in höherem Maße ausgesetzt ist. Was nach dem Kriege hätte werden sollen, das hätte man ruhig der Zeit überlassen können.

Zum Schluß weist Erdberg insbesondere noch darauf hin: „Eine Revision der Berliner Liste wäre dringend notwendig.“ Hier spricht bekanntlich ein gründlicher Kenner des Gebietes, auf dem das Unkraut häufig zu freier Bahn gelangt ist.

Kleines Theater: Der „Kuhhandel“.

Auffspiel von Hermann Effig.

Effig's nicht glückliches Debüt im königlichen Schauspielhaus folgte eine noch unglücklichere Fortsetzung im Kleinen Theater. Dachte sich beim „Kuhhandel“ gegenüber dem traditionellen Premierenerfolg schon die Opposition des Publikums geregt, so kam es bei dem „Kuhhandel“ zu einem Theatersturm, wie man auf den Berliner Bühnen ihn lange nicht erlebt hat. Der grelle und ermüdende lange Akt, in dem das Stückchen nach dem ersten ganz ergötlichen Auftakt sich verläuft, erzeugte eine nervös gezerrte Stimmung, die nach Begegnungen spähte, sich ärmend zu entsenden. Das Unglückswort: „So kann es nicht mehr weitergehen“, rief einen stürmischen Applaus hervor und die Unruhe nahm öfters einen Grad an, der es fraglich erscheinen ließ, ob man weiche zu Ende spielen können. Am Schluß, als die Anhänger nach dem Verfasser riefen, mischte sich lautes Pfeifen ins Geishe.

Held der Komödie ist ein Lehrer (im Uebersetze ursprünglich ein Pfarreremann), der beim Antritt seiner neuen Stellung im Umgang mit den Vorgesetzten seinem eingeborenen Kraftelemente ohne Ansehen der Person die Fägel schieben läßt. Herr Abel im schwarzen Probenrock mit blond-germanischer Mähne und einem Anlitze, das den Stempel feierlichster Selbstbemühens trägt, holte, was in der Figur an Komik lag, famos heraus und wurde durch Johanna Zimmermann in der Rolle der getreuen, an Stolz und an Beschränktheit mit dem Gatten weit-eisenden Ehehälfte glücklich unterhänd. Die Janfantenone, mit denen der pedantisch dünne Don Luischotte, als er vernimmt, zur Ausstattung der Lehrstelle, habe einst eine Kuh gehört, der Welt seinen Kampf ums Recht auf diese Kuh erklärt, wirkte bei dieser Darstellung auf der Bühne munter-drollig. Über die Szenen des ersten Aktes erschöpfen schon das Thema. Was weiter folgt, die Abenteuer einer nächtlichen Durchforschung des in dem Sturzbaum aufgeschapelten Kommunalarchivs nach der Kuh-Urkunde und dann die spätere Verhandlung vor dem Dorfrat blieben in einem unüberhörlichen Gewirre dilettantisch-primitiver Schwankverfäße stecken, deren Ungeschmack die Geduld auf eine harte Probe stellten. dt.

Der erschrockene Stern.

Von Ernst Brezang.

Stern wandern, können nicht stillestehen. Wenn es auch mitunter so aussieht, als seien sie am Himmel festgenagelt, um die dunklen Straßen dieser Welt zu beleuchten. Nein, sie reisen, reisen unermüdlich umher, lassen ihr Licht bald hier, bald dort aufblitzen, machen sich unsichtbar, wenn's ihnen gerade einfällt, durchstreifen Gebiete, von denen wir keine Ahnung haben, und sind eines schönen Tages oder einer schönen Nacht wieder da. So bagalumbieren sie herum — Jahre, Jahrhunderte, Jahrtausende; ihre Wanderlust läßt nicht, und sie selber haben ein ewiges Leben.

Auch der Stern, dem die Weisen aus dem Morgenlande folgten bis zu jener Hütte in Bethlehem, über der er in himmlischer Freude jahrelang verweilte, auch dieser Stern ist selber nicht dort festgenagelt, sondern hat sich wieder auf die Reise gemacht. Wenn Sterne reden könnten, gerade dieser Erdsterne hätte viel und Interessantes zu erzählen. Vielleicht können sie es auch, und wir haben nur nicht die rechten Ohren zum Hören, wie wir ja überhaupt viel lauter und blinder sind, als wir uns in unserer begrenzten Gottähnlichkeit träumen lassen. Ja, jener Erdsterne also hat in den neunzehn Jahrhunderten seit Bethlehem ungeheuer viel beleuchtet und gesehen, und wenn er überall hülsegestanden ist, wo die Menschheit erstarrt wurde, dann hat er viele Halbpunkte gehabt, hat eine Weile verharret über diesem und jenem Palast, über Vorder- und Hinterhäusern, über tausendjährigen Hütten und funkelangelochenen Wäldern mit Zentralheizung, über fernsprechenden Zeitungsbekleidungen und anderen Kontores mit Schreibmaschinenbetrieb, hat sich vielleicht sogar über Ministerien aufgehängt, wenn er auch in der legghellen Durozeit von 9-8 nicht bemerkt wurde. Deito heller ist er über Kerlern und Schuterkäufen, Postillen und Galgen.

Neunzehn Jahrhunderte sind eine beträchtliche Zeit, und wenn man so merkwürdige und zumweilen recht üble Dinge erlebt wie unser Stern, kann einem schon das Heimweh antommen. Die Welt geht es den Sternen so wie den Menschen: sie erschrecken und kriechen vor ihnen, um so ihrem ersten oder größten zurückzuführen.

Unser Stern jedenfalls bekam sentimentale Regungen, Schwermut nennen es die Dichter, bekam Sehnsucht nach jener heiligen Stätte des Niedergangs, um dort auszuruhen vor den Explosionen menschlichen Selbstgeistes, der nun jahrelang über die Erde tobt und bis zu den Sternen qualmt. Er machte sich also auf den Weg nach Bethlehem, mit dem nun einmal seine irdischen und schönsten Erinnerungen verbunden sind.

Die alte Hütte mit der Stippe stand nicht mehr; an ihrer Stelle reichte sich eine große, burgartige Kirche empor, und die Weisen aus dem Morgenlande warteten auch längst ist.

Dafür aber waren, wie der Stern zunächst mit Verwunderung und dann mit Schrecken bemerkte, die Weisen aus dem Abendlande erschienen.

Wären's nur drei gewesen, er hätte es wohl ertragen. So aber nannten sie in gewaltigen Schwarm, bis zu die Föhne bewaffnet, unweit Jerusalem, führten allerlei lobbringende Instrumente mit sich und begrüßten den Stern mit donnerndem Höllelärm, mit

Waffengeklöse, Kriegsgeschrei, Feuertrahlen, giftigem Quastm und höhnendem Wehegeschrei.

Angstvoll lagte der Stern hinunter, und seine Strahlen beleuchteten Leichname und rinnende Blutströme.

Da begann das Licht in ungeheurer Entsetzen zu zittern, der Stern lehrte um und flüchtete vor den Weisen aus dem Abendlande hinter die dickste Wolke, die er finden konnte.

Seit diesem Augenblick wird er vernicht.

Wo er sich aufhält, wer vermag's zu sagen?

Im Weißen Hause zu Washington meint man, er leuchte nun über dem amerikanischen Bethleheim in Pennsylvania, wo Carnegie die erlösende Munition fabriziert. Andere wollen ihn über Jarosloje-Selo gesehen haben. Und wieder andere, ach, behaupten sogar, er stehe über der Albrechtstraße in Berlin.

Bestimmtes weiß leider niemand.

Der Kampf gegen die Kriegsschundliteratur.

In der neuesten Nummer der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ gibt H. v. Erdberg einen Ueberblick über das, was in den Kriegsjahren gegen die mächtig ausgewucherte Schundliteratur getan wurde. Auch sein Urteil ist pessimistisch. Es ist nicht geschehen, was irgendwie ernstlich wirken könnte, und die Dinge liegen sogar noch schlimmer. Erdberg weist auf die von verschiedenen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verbote, die notwendig waren, als die Kriegsschundliteratur ihr freches Haupt erhob. Sie wichen nicht unerheblich voneinander ab. Erdberg sagt:

„An das Vorgehen der stellvertretenden Generalkommandos knüpfen sich große Hoffnungen. Man glaubte, das Uebel nun wirklich einmal mit Stumpf und Stiel auszurotten zu können, weil irgendwelche gesetzlichen Bedenken ja nicht erhoben zu werden brauchten. Man wußte natürlich, daß diese Verbote über den Krieg hinaus keine Geltung haben würden, verließ sich aber darauf, daß dann schon Mittel gefunden werden würden, den einmal erreichten Erfolg zu sichern. Diese Hoffnungen erwiesen sich aber als trügerisch.“

Vom 1. April 1916 ab hatte auch der Oberbefehlshaber in den Marken ein Verbot für Berlin und die Provinz Brandenburg erlassen, in dem er sich, berufen durch den Kongressionalen Professor Brunner, auf den Standpunkt stellte, nur soweit zu gehen, wie der § 36 Ziffer 12 der Gewerbeordnung es gestattete. (Die Redaktion der „Staats- und Wirtschaftszeitung“ bemerkt dazu: Herr Professor Brunner erklärt hierzu die Beratung des Oberkommandos in den Marken durch ihn in jeder Hinsicht für unzutreffend.) Das heißt mit anderen Worten, er machte von seinen besonderen Nachbefugnissen keinen Gebrauch, sondern erweiterte die Liste der ohnehin verbotenen Schriften um eine Anzahl Nummern, wie das von Zeit zu Zeit auch im Frieden geschehen muß, und ging über die Friedensbestimmungen nur hinweg, indem er gleich für das stehende Gewerbe unterlag, was früher nur für die Verbreitung auf dem Wege der Abspottage verboten war. Die Schundfabrikanten waren natürlich zufrieden. Denn nun konnten sie Serien, die in anderen Bezirken verboten waren, darunter widerliches Zeug wie „Krieg und Liebe“, wenigstens in der Provinz Brandenburg loswerden. Sie konnten sich aber noch größeren Erfolges freuen. Das Ngl. preussische Kriegsministerium

wählen, kennen zu lernen. Weitens am wichtigsten ist, daß die Frau als politische mündig erklärt und anerkannt werden.

Wählen kann jeder ungarische Staatsbürger, der das 24. Lebensjahr vollendet hat und lesen und schreiben kann, soann jeder Inhaber der Tapferkeitsmedaille oder des Karl-Truppenkreuzes ohne Rücksicht auf sein Alter, jeder, der mindestens 10 Kronen Steuern zahlt, jeder, der seiner aktiven Militärdienstpflicht genügt oder während des Krieges, wenn auch mit Unterbrechungen, mindestens 2 Jahre aktiven Militärdienst geleistet oder, ohne Rücksicht auf seine Dienstzeit, den Rang eines Unteroffiziers erreicht hat, ferner, wer auf Grund behördlicher Zulassung ein Gewerbe ausübt oder ständig in einem gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb angestellt ist, endlich sämtliche Wähler, die in das Wahlrecht für 1914 aufgenommen sind, solange der Rechtsgrund für ihre Aufnahme fortbesteht.

Wahlberechtigt sind ferner alle Frauen, welche das 24. Lebensjahr vollendet haben, die ungarische Staatsbürgerin sind, lesen und schreiben können und vier Bürgerklassen besucht haben oder einen ähnlichen Bildungsgrad nachweisen können, oder deren Gatte während des Krieges gefallen oder infolge Veranlassungen oder an seinen Wunden gestorben ist, falls sie aus dieser Ehe ein Kind haben, endlich alle Frauen, die seit zwei Jahren Mitglied eines wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Vereins sind.

Die Bedingungen des passiven Wahlrechts, des Rechtes, gewählt zu werden, sind für Männer und Frauen gleich. Wähler ist, wer zur Zeit der Wahl wahlberechtigt ist, wenn er sein 24. Lebensjahr vollendet hat und der ungarischen Staatsprache in Wort und Schrift mächtig ist.

Das neue Wahlrecht stellt gewissermaßen einen Fortschritt dar, indem es die Altersgrenze von 30 auf 24 Lebensjahre herabsetzt, den Wahlkreis von ehemals in den Städten für geheim erklärt, gesetzliche Sicherungen gegen Wahlbeeinträchtigungen schafft und schließlich die Zahl der Wahlberechtigten um 70 Proz. erhöht. Die Zahl der weiblichen Wähler wird mit 260.000 angenommen. Bezüglich der Verteilung der Wähler sind 62,5 Proz. Ungarn, 12,5 Proz. Deutsche, 9,7 Slowaken, 9,1 Rumänen, 1,2 Ruthenen und 2,4 Serben. Die übrigen Provinzen verteilen sich auf verschiedene andere Nationalitäten.

Ein eingehenderes Urteil wird erst nach Kenntnis der Einzelheiten der umfangreichen Vorlage möglich sein. Bemerkenswert sind einige Bestimmungen; so sagt „Gilag“ seine Meinung dahin zusammen: Der Entwurf ist ein Kompromiß zwischen dem allgemeinen Konserwatismus und zwischen dem Radikalismus. Der allgemeine Konserwatismus wird in der Vorlage zahlreiche Annehmungen finden, die seine Bedenken beruhigen können. Das „Neue Frauen Journal“ charakterisiert die Grundzüge, die die Wahlreform hervorruft, folgendermaßen: Minister Tisza hat auf Grund zahlreicher authentischer Daten nachzuweisen gesucht, daß eine Befreiung aus der ererbten Ausbildung der Wahlberechtigten weder bezüglich der Nationalitäten noch bezüglich der Zurückhängigkeit der Intelligenz besteht. Graf Tisza aber ist auf Grund derselben Daten zu dem entgegengesetzten Ergebnis gelangt.

Zur Beurteilung der Auswirkung der neuen Wahlform muß man sich erinnern, daß die Verhältnisse in Ungarn ähnlich wie in Preußen sind. In beiden Staaten sehen sich Krone und Regierung für die Wahlreform ein, in beiden Staaten widerstrebt eine starke parlamentarische Partei.

Portugal und die Entente.

„Lemps“ meldet aus Lissabon, daß die Gesandten Großbritanniens und Frankreichs, sich der tatsächlichen Lage anfassend, sich mit Sidonio Paes in Verbindung gesetzt hätten. Diese tatsächliche Anerkennung, der sich auch die Gesandten Italiens und Belgiens angeschlossen hätten, sei unerlässlich, um die Wege zur förmlichen Anerkennung vorzubereiten. Sidonio Paes erweise alle sich ihm bietenden Gelegenheiten, um den Entschluß Portugals zu bekräftigen, den Krieg gegen Deutschland fortzusetzen.

Die Ententemächte hatten der neuen portugiesischen Regierung ihre Anerkennung vorläufig vorenthalten. Sidonio Paes scheint also schnell den Beweis erbracht zu haben, daß die „tatsächliche Lage“ in Portugal diese Reserve nicht rechtfertigt.

Bauernkongress und Konstituante.

Petersburg, 23. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Bauernkongress nahm eine Entscheidung an, daß die Zusammenlegung der Verfassungskonstituierenden Versammlung sich völlig den Ansprüchen der Abgeordneten der Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräte anbauen müsse.

Kämpfe in Palästina.

Englischer Bericht. General Allenby berichtet: Am 20./21. Dezember gegen Mitternacht überschritten unsere Truppen den Nahr-el-Bared, den Haderin und besetzten Kurbet-el-Bard, Gheis-el-Kamris, Teiretessit und später Eimultras. Es wurden 205 Gefangene, darunter 11 Offiziere, und 10 Maschinengewehre erbeutet. Andere Streitkräfte erbeuteten Maschinengewehre.

General Allenby gibt an, daß seit Beginn der Kämpfe folgende Leute getötet worden sind: 90 Soldaten mit Munitionswagen, ungefähr 400 Provianten und andere Fahrzeuge, 110 Maschinengewehre, über 7000 Gewehre, 18 Millionen Patronen und über 25.000 Schuss für Kanonen und Geschütze sowie verschiedene andere Geräte.

Kleine Kriegsnachrichten.

Dampfer „Volterland“. Kopenhagen, 22. Dezember. Aus Amerika eingetretene Reisende berichten, daß der Dampfer „Volterland“ der Hamburg-Amerika-Linie in der letzten Zeit mehrfach Probefahrten vor New York ausgeführt habe. Es seien aber immer wieder Maschinenschäden eingetreten. Die deutschen Maschinisten, welche früher zur Besatzung des Dampfers gehörten und sich weigerten, bei der Instandsetzung Hilfe zu leisten, wurden mit Gefängnis bestraft.

Schweizer Wahlkreisreform. Der Schweizer Ständerat nahm in der Schlussabstimmung betreffend den Nationalratsprozess mit 28 gegen 16 Stimmen einen Gegenentwurf zum Initiativbegehren an, der vorsieht, daß größere Kantone in mehrere Wahlkreise eingeteilt werden können. Mit 22 gegen 15 Stimmen wurde beideslos, dem Votum die Verwerfung des Initiativbegehrens mit der Fassung „Ein Kanton, ein Wahlkreis“ zu empfehlen.

Zur Freilassung der Labordeutschen schreibt die „Köln. Vg. Zeitung“: Die deutsche Regierung hat die erforderlichen Ermächtigungen getroffen, um die letzterzeit zur Vergehung in Holzminden internierten angesehenen Belgier sowie eine Anzahl von Frauen und Kindern, die in Deutschland interniert waren, zu entlassen.

Der vorungarische Gesandte in Paris Chagas ist von seinem Polten zurückgekehrt. Der erste Sekretär der Pariser Gesandtschaft Weennant die Zeitung der Geschäfte.

Lebhaftes Artilleriefuer in Flandern und an der Scarpe. — Fliegerbomben auf Dover und Dünkirchen. — Vergeblicher italienischer Vorstoß am Monte Asolone.

Amstich. Großes Hauptquartier, 23. Dezember 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seereschutz Kronprinz Rupprecht.

Vom Blankaert-See bis zur Deule hielt lebhaftes Artilleriefuer bis zur Dunkelheit an. Von einem an der Bahn Harfinghe-Staden durchgeführten Unternehmen wurden 30 Engländer gefangen eingebracht.

Weiterwärts der Scarpe und südlich von St. Quentin entwickelte sich am Nachmittage rege Feuerstätigkeit. Zahlreiche erfolgreiche Erkundungsgefahrten zwischen Arras und St. Quentin.

Seereschutzgruppe Deutscher Kronprinz.

Zu beiden Seiten der Maas nahm in den Abendstunden das Artilleriefuer zu.

Die tagsüber in vielen Abschnitten sehr harte Fliegerstätigkeit blieb auch bei mondhellm Nacht rege. Zuerst, Duer, Dünkirchen sowie Bahnanlagen und Munitionslager hinter der englischen und französischen Front wurden kräftig mit Bomben belegt.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nicht Neues.

Mazedonische Front.

Die Gefechtsstätigkeit blieb gering.

Italienische Front.

Ein Vorstoß der Italiener gegen die Höhen westlich vom Monte Asolone scheiterte.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 23. Dezember 1917. Amstich. Abend. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. Dezember. Amstich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand. Die Friedensverhandlungen wurden am 22. d. M. 4 Uhr nachmittags, in Prest-Litowoff eröffnet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge ungünstiger Witterung und Sichtverhältnisse blieb die Gefechtsstätigkeit im allgemeinen gering. Heftige Leichterkeitereien.

Der Chef des Generalstabes.

Wat so is, dat blint so.

Zu Mecklenburg.

Der Mecklenburgische Landtag ist auseinandergegangen, ohne in der Verfassungsfrage auch nur das Geringste getan zu haben. Die aus der Presse ersichtlich ist, hat der konstituierende Abgeordnete von Gräfe einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der aber keine Gnade vor der Ritterschaft gefunden hat. Man erzählt allerdings nicht, was Herr v. Gräfe vorgebracht hat, aber sein Verhalten im Verfassungsausschuss des Reichstages läßt vermuten, daß es wenig genug und in seiner Tendenz offenbar darauf abgesehen war, die Herrschaft der Konserwativen unter allen Umständen zu sichern. Für Mecklenburg ist aber selbst Herr v. Gräfe noch ein evolutionär, und sein Versuch, die Mecklenburgische Verfassung umzustürzen, scheiterte an dem Widerstande der treuen Ritterschaft.

Schließlich liegen die Dinge in Sachsen-Mecklenburg. Dort haben bei der Schlussabstimmung über den Haushaltsplan für 1918/19 unsere Genossen gegen den Etat gestimmt. Sie waren dazu gezwungen, weil die Regierung ihre evolutionären Ansichten aufrecht erhalten hat und in keiner Weise geneigt war, auch nur die geringsten Konzessionen zu machen. Auf keinem Gebiete ökonomischer Zustände hat sie nachgegeben und der Staatsminister v. Bussow brachte wiederholt zum Ausdruck, daß die Landesregierung nahe am Absinken droht, falls nicht die Verhältnisse sich ändern. Erst in Preußen Ordnung schaffen! Dann werden auch diese kleinen Reaktionsbesitzer aufgehoben werden können!

Größere Pflichten - geringere Rechte.

Mit viel Sophistik wendet sich ein regelmäßig Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ gegen die Begründung des gleichen Wahlrechts mit dem Satze „Gleiche Pflichten - gleiche Rechte“, den er eine „rationalistisch-verfälschte“ Scheinwahrheit nennt. Er handelt sich gerade beim Kriegsdienst nicht um gleiche Pflichten, das bedinge schon der verschiedene Dienstgrad, auch selbst schon die Verschiedenheit der Waffengattung usw. - Gewiß sind die Pflichten des Einzelnen im Kriegsdienst verschieden, aber alle münden doch aus in die höchste Pflicht des Soldaten, sein Leben ohne Widerpruch für das Ganze hinzugeben. Diese Pflicht aber ist für alle gleich, ohne Ansehen des Dienstgrades und der Waffengattung.

Dagegen läuft jedes abgestufte Wahlrecht darauf hinaus, größere Rechte für geringere Pflichten und umgekehrt geringere Rechte für größere Pflichten zu verleihen. Namentlich würde jede Abstufung des Wahlrechts nach Vermögen oder Besitz zur Folge haben, daß die zu Haus gebliebenen Reichsgewordenen, die nur sehr geringe Pflichten erfüllt haben, höhere Rechte erhalten als die, deren Pflichtenfüllung in der Einsetzung des Lebens bestand. Wer sich daher nicht für den Satz entscheidet „Gleiche Rechte - gleiche Pflichten“, der vertritt notwendigerweise das Programm: „Größere Rechte für kleinere Pflichten“.

Weihnachtsfeier einer Kriegerfrau.

Vom Rhein wird uns geschrieben: Am 7. Dezember ist in Niederau bei Düren (Rheinland) eine Kriegerfrau mit 9 Kindern im Alter von 2 bis 15 Jahren auf die Straße gesetzt worden. Außerdem sind ihr von dem 26. Jänner Karloffeln, die ihr die Gemeinde für den Winter eingeliefert hatte, 12 Sennern für Gerichtskosten gebühret worden. Der Frau war zum 1. Oktober gekündigt. Weder sie noch der Caritasverband von Düren noch der Bürgerweilker konnten ihr eine Wohnung beschaffen, weil kein Hausbesitzer eine Kriegerfrau mit 9 Kindern aufnehmen wollte. Die Räumungsgeld wurde rücksichtslos durchgeführt. 8 Kinder wurden auf dringendes Bitten des Bürgermeisters ins Waisenhaus

aufgenommen. Die Frau und ihre 15jährige Sohn sind sich selbst überlassen. Möbel und Kartoffeln verrotten in einem Schuppen. Die Kriegerfrau hat einen verzweifelten Brief an das Kriegsministerium geschickt.

Wer darf Weihnachten mit ruhigem Gewissen feiern, wenn es einer Kriegerfrau so ergeht?

Belämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wie verlautet, ist beim Bundesrat der schon längere Zeit angelegte Gesetzentwurf über die Belämpfung der Geschlechtskrankheiten zugegangen. Die Belämpfung dieser Krankheiten soll künftig den approbierten Ärzten vorbehalten bleiben. Die Anpreisung von Mitteln zur Heilung oder Verhütung von Geschlechtskrankheiten in der Tagespresse soll verboten werden.

Prügelstrafen im Pfarrhause.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 25. November den Bericht einer Gerichtsverhandlung vor dem Potsdamer Schöffengericht. Jetzt, nach reichlich drei Wochen, sendet uns der Rechtsanwalt des Herrers Krause eine lange Verteidigung hierzu, die nur nach den Bestimmungen des Preussengesetzes abdrucken dürfen. Wir nehmen an, daß unser Berichtsteller sich noch hierzu äußern wird. Die Verteidigung lautet:

Der Artikel in der Nummer des „Vormärts“ vom 25. November 1917 unter der Ueberschrift: „Prügelstrafen im Pfarrhause“, enthält nachfolgende Unrichtigkeiten:

1. Es ist unrichtig, daß der Sachverhalt, wie im obigen Artikel bringt, als Ergebnis der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht darstellt. Er beruht vielmehr durchweg auf den einseitigen Angaben der beiden Angeklagten, Frau und früheren Breitenschneider, welche von den beiden vernommenen Zeugen unter Eid nicht nur nicht bestätigt, sondern in allen wesentlichen Punkten direkt widerlegt sind.

2. Es ist unrichtig, daß Herr Pfarrer Krause das seit dem 1. April - nicht 1. Juni - bei ihm in Stellung befindliche Dienstmädchen Frieda Breitenschneider gekündigt habe, ihrer Mutter noch nicht zukommen zu lassen; im Gegenteil ist die Mutter des Mädchens fast alle 8-14 Tage zum Besuche ihrer Tochter im Pfarrhause erschienen. Es ist ferner durchaus unmöglich, daß das Dienstmädchen jemals bis 1 Uhr nachts habe Wasser tragen, dabei habe hungern müssen und mit einem Stroh gelagert sei.

3. Ebenso falsch ist die Darstellung des Vorfalls, der vor dem Schöffengericht zur Angelegenheit kam.

In dem Artikel des „Vormärts“ wird zunächst völlig verkannt, daß Herr Pfarrer Krause im Interesse seiner kranken Gattin die laut tobende Angeklagte Frau Breitenschneider wiederholt zum Verlassen seines Hauses aufgefordert hat, ohne daß diese den Aufforderung nachkam, im Gegenteil gemächlich herbeigehend, die obere Treppe hinauf zu kommen. Sodann ist in der Hauptverhandlung nicht das geringste darüber festgestellt, daß Herr Pfarrer Krause die Angeklagte Frau Breitenschneider in der in dem Artikel behaupteten Weise mißhandelt hat. Im Gegenteil ist erwiesen, daß Frau Breitenschneider mit ihrer Tochter auf Herrn Pfarrer Krause einschlug, und als dieser die Schläge abwehrte, mit ihrer Guttmabel auf ihn einfiel und dabei ausrief: „Ich stoße Ihnen die Augen aus, ich stoße Sie nieder.“ Wie das Urteil des Schöffengerichts ausdrücklich feststellt, erhob die Angeklagte Frau Breitenschneider ihre Hand mit der Guttmabel von neuem und bedrohte Herrn Pfarrer Krause mit den Worten: „Ich schlage gleich noch einmal“, als dieser der inzwischen hinzugelommenen Begleitbedamme Roth mitteilte, er sei von der Angeklagten geschlagen worden. Als Herr Pfarrer Krause darauf fortging, um polizeiliche Hilfe zu holen und nach kurzer Zeit zurückkam, hatten beide Angeklagte das Haus inzwischen schnell verlassen.

4. Als die Angeklagte Frieda Breitenschneider 8 Tage später kam, um ihre Sachen abzuholen, war Herr Pfarrer Krause überhaupt nicht zugegen, sondern dienstlich abwesend. Der Artikel ist also völlig unzutreffend, soweit er das Verhalten des Herrn Pfarrer Krause bei dieser Gelegenheit schildert. Richtig ist vielmehr, daß als der Kopf des Mädchens in Gegenwart von 3 Zeugen untersucht wurde, in dem Kopf vorgefunden wurden: 1/2 Pfund Kubeben, 1/2 Pfund Weizengries, 1/2 Pfund Weizen, 1/2 Pfund Kartoffelgruppen, 1 Eierglas mit 1/2 Pfund eingedicktem Fleisch und zwei Zitrusfrüchten mit einwoedneten Bohnen. Sämtliche Sachen hammern, wie sofort festgestellt wurde, aus den Vorräten des Pfarrhause. Als das angeklagte Dienstmädchen Frieda Breitenschneider von Frau Pfarrer Krause gefragt wurde, wo sie die Gegenstände her habe, behauptete sie, sie habe sie beim Kaufmann im Dorfe gekauft. Eine sofortige Nachfrage bei diesem ergab aber, daß diese Behauptung des Mädchens durchaus unrichtig war.

5. Es ist durchaus unmöglich, daß die Verhandlung ein solches Bild ergeben habe, daß Herr Pfarrer Krause sich bedrungen gefühlt habe, seine Strafentwürfe zurückzugeben. Genau das Gegenteil ist richtig. Nur auf dieses Bitten der beiden Angeklagten und der alten Dieners auf das Zureden ihres Verteidigers, Herr Rechtsanwalt Dr. Lieblich, hat Herr Pfarrer Krause sich bewegen lassen, auf Bestrafung zu verzichten, und zwar, wie es im Gerichtsprotokoll ausdrücklich heißt: „Mit Rücksicht auf die Jugend der Angeklagten Frieda Breitenschneider und um ihr die Zukunft nicht zu verderben, und unter der Vorbedingung, daß ihn keine Kosten treffen.“ Nachdem sodann beide Angeklagten erklärt hatten, die Kosten des Verfahrens übernehmen zu wollen, und nachdem Herr Rechtsanwalt Dr. Lieblich zu gerichtlichem Protokoll sich auch nach persönlich verpflichtet hatte, für Bezahlung aller Kosten aufzukommen, hat Herr Pfarrer Krause die Strafentwürfe zurückgegeben.

6. Es ist schließlich unrichtig, daß in der Urteilsbegründung gesagt wird, daß die Angeklagte Frau Breitenschneider die Guttmabel nur zur Abwehr benutzt habe. Das Urteil enthält hiernon kein Wort. Dr. Schmitz, Rechtsanwalt.

Letzte Nachrichten.

Eisenbahnunfall in Stralau-Rummelsburg.

Berlin, 23. Dezember. Amstich Meldung. Heute mittags kurz vor 6 1/2 Uhr wurde auf Bahnhof Stralau-Rummelsburg der Dampfer 1736 gegen den am Vollzugsbahnsteig haltenden Personenzug 1738 zurückgeschoben, wobei ein Wagen entgleiste. Acht Reisende wurden leicht, einer schwer verletzt. Der Personenverkehr zwischen Nord- und Südring wurde durch Unfälle, aufrechterhalten. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Berlin, 23. Dezember. (T. B.) Bei dem heute morgen 7.35 infolge dichten Nebels erfolgten Ueberfahrens des Halleswegs in Kilometer 182 an der Hohenlohestrassenbrücke (Schlesischer Bahnhof) durch den Lokomotivführer des Zuges 140 und Auffahren auf den in der vorliegenden Blockfahre haltenden Dampfer 21 erfolgte eine Entgleisung der Lokomotive des Zuges 140 und des letzten Wagens vom Dampfer mit je zwei Achsen. Materialschaden gering. Gleis war bis 12.45 nachmittags gesperrt. Unerheblich verletzt sind drei Fahrgäste des Zuges 140, und zwar: 1. der Kaufmann Max Behse, Berlin-Charlottenburg; 2. Sanierer Reich, Erf.-Fuhrer-Regiment 21; 3. Christian Henningshausen, Dantsig.

Drei englische Fessler torpediert.

Snel van Holland, 23. Dezember. (Meldung der Niederländischen Telegraphen-Agentur.) Drei englische Fessler sind in der Nähe des Maasleuchtenschiffes torpediert worden. Einzelheiten fehlen.

